

P R e s s e

S P i e g e l

## Polen - Pressespiegel 38/2023 vom 21.09.2023

---

*Das finden Sie in dieser Ausgabe*

- *Tusk hat den Glauben an den Sieg wiedererweckt. „Wyborcza“ bewertet die Wahlkampagne der Bürgerkoalition*
- *„100mal Konkretes für 100 Tage Regierung“. Die Bürgerkoalition stellte ihr Wahlprogramm in Tarnów vor*
- *„Wenn die ganze Wahrheit ans Licht kommt, wird die PiS die Wahlen verlieren“. Hinter den Kulissen des Visaskandals*
- *Bąkiewicz fordert auf Flugblättern Reparationen von Deutschland. „Das ist eine unehrliche Wahlkampagne, noch dazu mit öffentlichen Geldern“*
- *Gilt die Nächstenliebe auch für Deutsche?*

*Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche*

## Tusk hat den Glauben an den Sieg wiedererweckt. „Wyborcza“ bewertet die Wahlkampagne der Bürgerkoalition



Quelle: [wyborcza.pl](https://wyborcza.pl)

Von *Iwona Szpala*

„Man muss schlau sein, rücksichtslos, schneller, darf sich keine Sekunde ausruhen und sie nicht ausruhen lassen“, so charakterisierte ihr Vorsitzender Donald Tusk den Wahlkampf der Bürgerkoalition [KO]. Und er hat es in die Praxis umgesetzt, indem er unter anderem Roman Giertych auf die Wahllisten aufnahm.

Hundert Details für die ersten hundert Tage des Regierens - mit dem Programmkongress am Samstag startet die Bürgerkoalition in den herbstlichen Teil des Wahlkampfes. - Wir haben keine fünf oder vier Jahre Zeit, um uns mit den Aufräumarbeiten nach der PiS zu beschäftigen. Wir werden für jeden Tag nach den Wahlen einen Zeitplan aufstellen. Innerhalb von hundert Tagen wird alles aufgeräumt sein. Vor den Wahlen werde ich Ihnen öffentlich den Zeitplan für diese hundert Tage vorstellen – das waren Donald Tusks Worte vor fast einem Jahr.

### **Tusk: Wir sind mehr!**

Er hat sie in Kluczbork geäußert, bevor er sich auf den Weg durch das Land machte. Er ist schon seit Monaten unterwegs. Die Bürgerkoalition beschloss bei der Ausarbeitung ihrer Strategie, dass Tusk bis zum Herbst 2023 in jeder Provinz sein müsse, damit seine Tournee nahtlos in den Wahlkampf übergehen könne. Im Januar, vor Beginn seiner Tournee, veröffentlichte der KO-Chef in den sozialen Medien eine

Umfrage von Kantar Public. Die Koalition und die PiS hatten jeweils 31 Prozent, die anderen Parteien lagen bei 8 Prozent. 13 Prozent waren unentschlossene Wähler, über die Tusk schrieb: „Die Gespräche mit der Partei, die in dieser Umfrage an dritter Stelle steht, werden entscheidend sein“.

Unsere Gesprächspartner von der KO sagen, dass zwar viele Menschen zu den Treffen mit dem Vorsitzenden kommen, sie aber nicht sicher sind, wie weit die Unentschlossenen erreicht wurden. Sie argumentieren, dass die Wähler ihre endgültige Entscheidung erst kurz vor der Wahl treffen werden, einige sogar erst an der Wahlurne.

In der gesamten Wahlkampagne der KO ist die Wahlbeteiligung der demokratischen Seite das Wichtigste. Tusk wirbt mit der Botschaft: „Jeder muss ein Soldat sein. Wenn er ein Zuschauer ist, werden wir das nicht gewinnen“.

„Es bedurfte eines gigantischen Aufwandes, um die Menschen aus ihrer Lethargie zu reißen, das soziale Kapital um uns herum wiederaufzubauen, und natürlich mussten wir in der Partei fest an uns glauben. Wir sind eine Partei, die zwei Wahlniederlagen hinter sich hat“, räumt unser Gesprächspartner von der Bürgerplattform, der wichtigsten Kraft der KO, ein. „Deshalb hat Tusk von Anfang an so klar und deutlich gesagt, dass es mehr von uns gibt, dass das Recht auf unserer Seite ist und dass wir nicht länger schweigen werden“, fügt er hinzu.

Die KO hat daher ihre Kampagne auf die Bürgerbeteiligung aufgebaut, die unter anderem darin besteht, die Wahlen zu kontrollieren. 50.000 Menschen haben sich freiwillig gemeldet, um die Wahlurnen zu bewachen. Heute bekräftigt Tusk: „Wenn jeder von uns in zwei oder drei Monaten 20 Zweifler überzeugt, einen pro Woche, werden wir diejenigen auslöschen, die uns demütigen. Dies ist der Moment des Durchbruchs – der Gleichgültigkeit, der Angst, der Unsicherheit. Und warum? Weil kein anständiger Mensch die Augen vor dem Bösen, das sie tun, verschließen kann.“

Rafał Trzaskowski hat sich 2020 auf ähnliche Weise Unterstützung verschafft. Obwohl er mit großer Verspätung in den Kampf um die Präsidentschaft eintrat, da die KO ihren Kandidaten wechselte, begann er schnell, Andrzej Duda zu verfolgen, der monatelang von der Regierung und der PiS-Parteizentrale in Nowogrodzka-Straße in Warschau bearbeitet und von der PiS und den Regierungsmedien gelobt worden war. Trzaskowski wurde von 10 Millionen Polen gewählt, er verlor nur knapp gegen Duda.

In der aktuellen Kampagne gab es ein weiteres Argument. KO erkannte, dass die PiS in keiner Weise in der Lage war, auf Tusks Auftritt zu reagieren. Und der Koalitionsführer sprach über überhöhte Preise, die Gier von PiS-Aktivisten, die Beschäftigung in staatlichen Unternehmen aus politischen oder familiären Gründen. Dies waren von Anfang an die Themen, auf die KO die Aufmerksamkeit der Wähler lenken wollte. Zunächst versuchte die Nowogrodzka-Straße, dies zu verschweigen, dann zu verspotten, und zu Beginn des Sommers reiste der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, durch Polen. Diese Treffen unterschieden sich stark von denen, die von Tusks Mitarbeitern organisiert wurden. Denn Kaczyński konnte nur von den geladenen Gästen live gehört werden, die für ihn skandierten: „Es lebe der Vorsitzende!“, „Es lebe Polen“ oder „hundert Jahre [soll er leben]!“.

Die Veranstaltungsorte, an denen er auftrat, waren von Polizeikordons umgeben, und manchmal musste er sich durch einen Hinterausgang hinausschleichen, um nicht auf Gegendemonstranten zu treffen.

Einige von Kaczynskis Äußerungen waren überraschend, z. B. als er in seinen Reden das Thema der Geschlechtsumwandlung ansprach und sich über Minderheiten lustig machte, indem er sagte, dass in Polen nicht genügend Kinder geboren würden, weil junge Frauen zu viel saufen würden.

## **Ein Listenfiasko**

Was die KO-Kampagne in den ersten Monaten des Jahres 2023 zum Scheitern brachte und der gesamten Opposition ein Vermächtnis bescherte, war das Fiasko der Einheitsliste. Das ist der Slogan, mit dem Tusk in die polnische Politik zurückkehrte. Er hatte seine Argumente.

„Ich bin der Vorsitzende einer Partei, die 30 Prozent erreicht, eine Menge, aber nicht genug, um sich sicher zu fühlen. Und als Vorsitzender einer Partei, die 30 Prozent hat, sage ich zu den Vorsitzenden der Parteien, die 8-9, 4-5 Prozent haben: Hört zu, lasst uns gemeinsam etwas tun, auch wenn es meine Partei ist, die dabei viel verlieren wird. Denn die Prämie wird auf alle umgelegt, wir werden die Gewinner sein.“

Und ich gehe das Risiko ein, indem ich sie ständig einlade, jeden Tag“, sagte Tusk im Januar, kurz nachdem *Polska 2050* und die PSL beschlossen hatten, als *Dritter Weg* anzutreten. „Ich kann sie nicht zwingen, was soll ich ihnen sonst sagen? Ich sage ihnen: Gemeinsam werden wir mit Sicherheit gewinnen, einzeln werde ich versuchen zu gewinnen, aber es wird viel schwieriger sein. Sie kennen das Wahlsystem in Polen: Der Sieger bekommt einen Bonus. Es wird nur eine Liste siegen“, erklärte Tusk.

Heute im KO geben sie zu, dass sie zu lange auf die Entscheidungen von *Polska 2050* und der PSL gewartet haben, denn die Linke war von Anfang an offen für ein gemeinsames Bündnis. Außerdem haben die Wähler der Opposition gesehen, wie die Beziehung zwischen Parteien, die gemeinsame Regierungen ausrufen, wirklich aussieht.

Die größte Meinungsverschiedenheit gab es zwischen KO und *Polska 2050*. Szymon Hołownia und die Mitglieder seiner Partei behaupteten, Tusk wolle sie dominieren und KO produziere Hassreden im Internet, deren Opfer sie seien. Er behauptete, die Koalition kontrolliere die Medien, weil sie *Polska 2050* angreifen. Bei der KO-Runde sprachen sie davon, dass Hołownia „Opposition in der Opposition“ sei und nach den Wahlen möglicherweise einen Deal mit Kaczynski eingehen werde. Das endgültige Ende des gemeinsamen Starts war die Abstimmung im Januar über die Gesetzesnovelle zum Obersten Gerichtshof, die ein wichtiger Schritt sein sollte, um Gelder aus dem nationalen Wiederaufbauplan der EU freizusetzen. *Polska 2050* stimmte trotz Absprachen mit anderen demokratischen Gruppen anders als der Rest der Opposition – sie war gegen das Projekt. Tusk kündigte an, dass die KO allein zu den Wahlen gehen würde. Wie Koalitionspolitiker berichteten, hatte die Partei zu diesem Zeitpunkt bereits das Kapital, aber sie musste nach einem Weg suchen, um die Wähler zurückzugewinnen, die erneut an einem Sieg der Partei zweifelten.

Da der Hauptvorwurf, den Hołownia gerne wiederholte, das Fehlen eines Programms für die größte Oppositionspartei war, hielten es die KO-Mitarbeiter für notwendig, zu zeigen, was in der Schublade lag. Tusk hat immer gesagt: „Es gibt kein positiveres Programm als Anti-PiS, es ist die Rückkehr zu Europa, die Abschaffung der hohen Preise, die Rechtsstaatlichkeit, die Einhaltung der Verfassung, europäisches Geld, eine moderne Schule, Respekt und Würde für Minderheiten.“

Aber er sprach auch über das „Oma-Geld“, d. h. eine monatliche Unterstützung von 1.500 PLN für Frauen, die sich nach der Geburt eines Kindes für eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt entscheiden. Er sprach von einem 0-Prozent-Darlehen für die erste Wohnung, einem Mietzuschuss in Höhe von 600 PLN und fügte den Slogan hinzu: „Wohnen ist ein Recht, keine Ware“, der zu den Bannern der Linken gehört.

Es wurden Vorwürfe laut, dies sei Populismus, ein Wettlauf mit PiS im Sozialprogramm und ein Verlust vom liberalen Profil. Damals begannen Theorien zu kursieren, dass Tusk beschlossen habe, nach links zu gehen und die Wählermitte zu verlassen, nachdem er bereits eine 20-prozentige Lohnerhöhung für Regierungsangestellte vorgeschlagen hatte. Weil er die Linke schwächen will.

Auch der Unmut aus dem Sommer 2022 kehrte zurück, als er auf dem Campus Polen verkündete, er sei für eine Liberalisierung der Abtreibung. Und er fügte hinzu, dass diejenigen, die das Recht einer Frau, bis zur 12. Woche über ihre Schwangerschaft zu entscheiden, nicht unterstützen, auf den Listen nichts zu suchen haben.

### **Tusk: Kaczynski hat mehr Unbehagen**

In KO suchten sie weiterhin nach einem Weg, um die Wahlen zu gewinnen – und das war der Marsch am 4. Juni gegen „überhöhte Preise, Diebstahl und Lügen, für freie Wahlen und ein demokratisches, europäisches Polen“. All dies sind Slogans, auf die die Plattform ihre Kampagne von Anfang an aufgebaut hat.

In der Koalition erzählte man uns, dass sie die Zeit aufteilen: vor dem Marsch und nach dem Marsch. Eine halbe Million Menschen gingen in Warschau auf die Straße, Tusk hatte endlich einen Wahlkampfaufschwung, die Umfragewerte stiegen.

„Ihre große Hoffnung war unsere Hoffnungslosigkeit, ihre Stärke war unsere Ohnmacht“, sagte Tusk auf dem Marsch. „Ab heute wird es kein Schweigen mehr geben, Sie haben Ihre Stimme im Namen von 34 Millionen erhoben. Die Demokratie in Polen wird nicht sterben, wir werden laut schreien. Wir werden uns

nicht sagen lassen, dass wir keine Chance auf einen Sieg haben. Ich möchte fragen, ob es sich wirklich lohnt, nach Unterschieden zwischen uns zu suchen, denn schließlich wollen wir alle ein freies, gesetzestreu, sicheres, ehrliches, sauberes und grünes, selbstverwaltetes und europäisches Polen. Gibt es irgendjemanden, der dies nicht befürwortet?“

Dass Tusk wieder auf der Suche nach mehr Unterstützung ist und im Wahlkampffinale auf ein breiteres Angebot zurückgreift, zeigen die Wahllisten.

Sie hat ihr Zentrum, ehemalige Linkspolitiker und Roman Giertych, einen denkwürdigen Konservativen, der ein Wahlkampfgegner von Jaroslaw Kaczynski in Swietokrzyskie ist.

Als auf dem letzten Campus Polen jemand rief: „Erkläre dich zu Giertych“, antwortete Tusk: „Mein Kalkül war einfach: Ich habe keine Garantien, und ich bin in der Situation des Vorsitzenden einer Partei, die nicht ihr Geld hat, nicht ihr Fernsehen hat, nicht ihre Abhörgeräte hat, und selbst wenn wir sie hätten, würden wir sie nicht benutzen. Einige von euch sind unzufrieden mit dem letzten Platz von Roman Giertych auf der Wahlliste in Kielce? Ich sage euch: ich auch! Aber Kaczynskis Unbehagen ist größer! Die Rechnung ist einfach.“

Und er betonte: „Man muss schlau sein, rücksichtslos, schneller, keine Sekunde ausruhen und sie ausruhen lassen.“

Es ist eine Methode, die KO seit Monaten erfolgreich anwendet. Politiker dieser Partei sagen uns, dass sie wirksam ist. Kaczynskis Partei ist über die „lex Tusk“ gestolpert (die Kommission zur Untersuchung der russischen Einflussnahme in den Jahren 2007-22 ist unter Schmerzen geboren und wird bei den Wahlen keine Rolle spielen), das Potenzial von 800 plus ist verblasst. Das Gleiche gilt für die Reparationen, als die Opposition erklärte, sie unterstütze dies und warte die Ergebnisse der Verhandlungen ab.

Tusk hat für den 1. Oktober einen Marsch der „Millionen Herzen“ in Warschau einberufen. In der KO hofft man, dass diese Veranstaltung der Partei zwei Wochen vor den Wahlen erneut Erfolg beschert wird.

Denn die ersten Umfragen nach den Ferientagen zeigen, dass die PiS wieder an Potenzial gewinnt, weil sie die Stimmen der *Konfederacja* stiehlt.

**Zsfg.: JP**

<https://wyborcza.pl/7,75398,30167767,tusk-obudzil-wiare-w-zwyciestwo-wyborcza-ocenia-kampanie.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>



[www.mleczko.pl](http://www.mleczko.pl)

ZUM GLÜCK GIBT ES NETZ

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

## „100mal Konkretes für 100 Tage Regierung“. Die Bürgerkoalition stellte ihr Wahlprogramm in Tarnów vor



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

„In zwei Stunden wollten wir ‚100-mal Konkretes für 100 Tage Regierung‘ präsentieren. Aber am Tag nach der Wahl müssen wir diese 100 in Fakten verwandeln. Das wird eine viel ernstere Herausforderung sein“, erklärte Donald Tusk und fügte hinzu: „Aber wir sind hier, um diese 100 Tage, diese 100 konkreten Forderungen in Fakten zu verwandeln.“

100mal Konkretes für 100 Tage Regierung – hier die 100 Postulate der Bürgerkoalition KO

1. Wir werden die Finanzierung von In Vitro aus dem Staatshaushalt dauerhaft einführen. Wir werden nicht weniger als 500 Millionen PLN für die Finanzierung des In-vitro-Verfahrens bereitstellen - damit Paare mit Kinderwunsch Zugang zu den modernsten Methoden haben.
2. Wir werden ein einfach zu bedienendes und übersichtliches Arztterminbuchungssystem (SMS, E-Mail) einführen, das sich an dem des privaten Systems orientiert. Auf diese Weise werden wir die Zahl der nicht stattfindenden Arztbesuche verringern und damit die Warteschlangen verkürzen.
3. Wir werden einen Gutschein für Vorsorge und Zahnbehandlung für Kinder und Jugendliche einführen, der in jeder Zahnarztpraxis eingelöst werden kann. Wir werden die zahnärztliche Versorgung in den Grundschulen wieder einführen.
4. Wir werden die Steuern senken. Natürliche Personen, die bis zu 6.000 PLN brutto verdienen (einschließlich Unternehmen) und eine Rente von bis zu 5.000 PLN brutto beziehen, werden keine Einkommensteuer zahlen. Wir werden den Steuerfreibetrag erhöhen - von 30 000 PLN auf 60 000 PLN für Steuerzahler, die nach dem Steuertarif abrechnen, einschließlich Unternehmern und Rentnern.

5. Unternehmer zahlen nur dann Einkommensteuer, wenn sie die Mittel aus einer bezahlten Rechnung erhalten.
6. Wir werden die Gehälter der Lehrer um mindestens 30 Prozent und nicht weniger als 1.500 PLN brutto anheben. Wir werden ein dauerhaftes System der automatischen Neubewertung einführen. Wir werden die Autonomie und das Prestige des Lehrerberufs wiederherstellen - weniger Bürokratie, mehr Unabhängigkeit bei der Auswahl der Lektüre, Erweiterung der Themen.
7. Wir werden eine zweite Aufwertung der Renten einführen, wenn die Inflation 5 % übersteigt.
8. Wir werden die so genannte „Rentenfalle“ beseitigen: Menschen mit Behinderungen werden arbeiten können, ohne ihre Rente zu verlieren.
9. Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Schwangerschaftswoche werden legal, sicher und zugänglich sein. Kein Krankenhaus, das im Rahmen des staatlichen Gesundheitsdienstes tätig ist, wird sich hinter der Gewissensklausel verstecken und den Eingriff verweigern können. Die Entscheidung muss bei der Frau liegen.
10. Wir werden das Recht auf kostenlose Anästhesie bei der Geburt sicherstellen.
11. Wir werden einen uneingeschränkten Zugang zu kostenlosen pränatalen Untersuchungen ermöglichen.
12. Wir werden den Zugang zu rezeptfreier „Notfallverhütung“ ermöglichen.
13. Wir unterstützen Frauen, die nach der Geburt eines Kindes auf den Arbeitsmarkt zurückkehren: Im Rahmen des Programms „Aktive Mutter“ zahlen wir 1 500 PLN pro Monat für die Kinderbetreuung - die so genannte „Großmutterbeihilfe“.
14. Wir werden die von Natur aus wertvollsten Waldgebiete von der Abholzung ausnehmen und sie nur für natürliche und soziale Funktionen nutzen.
15. Wir werden den unkontrollierten Export von unbearbeitetem Holz aus Polen stoppen. Rohmaterial aus polnischen Wäldern sollte in erster Linie polnischen Verarbeitern dienen.
16. Wir werden den Kirchenfonds abschaffen.
17. Die Note für Religion wird aus den Schulzeugnissen gestrichen.
18. Religion in der Schule nur in der ersten oder letzten Unterrichtsstunde.
19. Wir werden das Bestattungsgeld auf 150 Prozent des Mindestlohns erhöhen - ab Juli 2024 wird es also 6.450 PLN betragen. Derzeit beträgt es 4.000 PLN.
20. Mindestens die Hälfte der strategischen Lebensmittel in den Geschäften muss aus Polen stammen. Wir werden die Kennzeichnung des Herkunftslandes aller frischen Produkte in den Geschäften zur Pflicht machen.
21. Das Sonntagsverkaufsverbot wird aufgehoben, aber jedem Arbeitnehmer werden zwei freie Wochenenden pro Monat und die doppelte Bezahlung für die Arbeit an den freien Tagen garantiert.
22. Verstöße gegen die Verfassung und die Rechtsstaatlichkeit werden zügig aufgeklärt und geahndet. Zu diesem Zweck werden wir vor ein Staatstribunal stellen: Andrzej Duda - wegen Verweigerung des Amtseids von drei vom Sejm der siebten Amtszeit ordnungsgemäß gewählten Richtern des Verfassungsgerichts und wegen Ausübung des Gnadenrechts in Bezug auf die nicht rechtskräftig verurteilten Mariusz Kamiński, Maciej Wąsik und zwei weitere Beamte, Mateusz Morawiecki - wegen Erlasses einer Entscheidung, mit der die polnische Post angewiesen wurde, rechtswidrige Briefwahlen durchzuführen, Jacek Sasin - wegen rechtswidriger Ausgaben in Höhe von 70 Mio. PLN für Briefwahlen, Zbigniew Ziobro - für die Verwendung von Geldern aus dem Justizfonds für Parteizwecke, Adam Glapiński - für die Zerstörung der Unabhängigkeit der Polnischen Nationalbank und die Nichterfüllung der grundlegenden Aufgabe der NBP, gegen überhöhte Preise vorzugehen, der Vorsitzende des Nationalen Rundfunkrats Maciej Świrski und der Minister für Kultur und Nationales Erbe Piotr Gliński, beide für die Zerstörung der öffentlichen Medien (u.a. u.a. wegen Verstoßes gegen Artikel 213 Absatz 1 der Verfassung sowie gegen Artikel 6 Absatz 1, 6 Absatz 2, 21 Absatz 1 und 21 Absatz 2 des Rundfunkgesetzes und Artikel 231 des Strafgesetzbuchs).
23. Wir werden Anträge an eine unabhängige, entpolitisierte Staatsanwaltschaft stellen, um die folgenden Personen strafrechtlich zu verfolgen: Jarosław Kaczyński - für die Anleitung der Täterschaft und den Versuch, das Staatssystem zu ändern, Łukasz Szumowski - für die Millionen, die für fehlerhafte Beatmungsgeräte ausgegeben wurden, Janusz Cieszyński - für die Komplizenschaft in der Beatmungsgeräte-Affäre, Antoni Macierewicz - für das Verschweigen von



Forschungsergebnissen, die der These von der Explosion in Smolensk widersprachen, für die Zerstörung der polnischen Spionageabwehr und das Handeln zugunsten Russlands, verantwortlich für den illegalen Kauf und die Überwachung von Bürgern mit Pegasus, die Hasser, die Informationen aus dem Justizministerium nutzten, um unabhängige Richter zu verunglimpfen, die Verantwortlichen für die Verschwendung von Milliarden Zloty für den Bau des Ostrołęka-Kraftwerks, die Staatsanwälte, die versuchen, die Immunität aufzuheben und unbegründete Strafverfahren gegen unabhängige Richter wegen ihrer Urteile einzuleiten, die Polizisten, die Frauen verprügelten, die gegen das barbarische Urteil des Przylębska-Verfassungsgerichts zur Abtreibung protestierten, der Kommandant Jarosław Szymczyk wegen des Einsatzes eines Granatwerfers im Polizeipräsidium, Piotr Wawrzyk und seine Kollegen aus dem Außenministerium wegen des Visaskandals. (u.a. wegen möglicher Verstöße gegen Artikel 231 und Artikel 296 § 2 des Strafgesetzbuchs), Jacek Kurski wegen Zerstörung öffentlicher Medien (u.a. wegen möglicher Verstöße gegen Artikel 43, Artikel 44 Absätze 1 und 2 des Pressegesetzes und Artikel 231 des Strafgesetzbuchs), Adam Niedzielski - wegen Verwendung sensibler Daten aus Krankenakten des Gesundheitsministeriums zu politischen Zwecken.

24. Wir werden die Gerichte von politischer Einflussnahme befreien. Wir werden die Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Bezug auf die Garantien für die richterliche Unabhängigkeit und die Unabhängigkeit der Richter umsetzen.
25. Wir werden den Neo-Nationalen Justizrat abschaffen und einen Nationalen Justizrat mit einer verfassungskonformen Zusammensetzung einrichten. Illegitime Doublerichter werden aus dem Amt entfernt. Wir werden diejenigen beurteilen, die ihren richterlichen Eid missbraucht haben.
26. Trennung der Funktionen des Justizministers und des Generalstaatsanwalts. Der Staatsanwalt darf kein Politiker sein. Wir werden Polen auf den Beitritt zur Europäischen Staatsanwaltschaft vorbereiten, um Betrug, Korruption, Geldwäsche und grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug wirksamer verfolgen zu können.
27. Wir werden den Polizeichef für Handlungen zur Rechenschaft ziehen, die gegen die Rechtsordnung verstoßen, z. B. für den Einsatz des Büros für Antiterroroperationen zur Unterdrückung von Versammlungen, einschließlich des Frauenstreiks, und für andere Aktionen auf politischen Befehl, die sich gegen die Opposition richten.
28. Wir werden die Leitung von Polizeieinheiten zur Rechenschaft ziehen, bei denen es zu systematischem Machtmissbrauch und der Ausführung politischer Befehle gekommen ist: die Abkommandierung von Polizeikräften und -mitteln zu Parteizentralen und den Privatwohnungen von Politikern, die „Verfolgung“ von Oppositionsaktivisten und -politikern durch uniformierte und operative Patrouillen.
29. Wir werden EU-Mittel für den Schutz der polnischen Grenze zu Belarus bereitstellen. Wir werden die Route von Schmugglern aus dem Nahen Osten über Belarus nach Polen und weiter in die EU unterbinden.
30. Wir werden die Gesundheitsfonds-Grenzen bei der Krankenhausbehandlung abschaffen, was die Wartezeiten für Konsultationen und Behandlungen erheblich verkürzen wird.
31. In Gebieten, in denen es keine angemessene Diagnostik gibt, werden wir Bezirksgesundheitszentren einrichten, die einen allgemeinen und gleichberechtigten Zugang zu Diagnostik, ambulanter Behandlung und spezialisierten Diensten bieten.
32. Mit den freigewordenen EU-Mitteln werden wir die Verfügbarkeit von Geriatern und Langzeitpflegekräften erhöhen.
33. Wir werden einen „Unternehmerurlaub“ einführen: einen Monat ohne Sozialversicherungsbeiträge und ein Urlaubsgeld in Höhe des halben Mindestlohns.
34. Wir werden zu einem pauschalen Abrechnungssystem für Gesundheitsprämien zurückkehren. Wir werden die Absurdität der Gesundheitsabgabe bei der Veräußerung von Anlagevermögen beenden.
35. Wir werden den Kleinstunternehmern helfen, ihre Geschäftskosten zu senken: Das Krankengeld wird ab dem ersten Tag der Abwesenheit eines Mitarbeiters von der Sozialversicherung gezahlt.
36. Wir werden die Dauer der Prüfungen bei Kleinstunternehmern auf 6 Tage pro Jahr begrenzen. Die Finanzämter werden die Prüfungen nicht auf unbestimmte Zeit verlängern.

37. Wir werden die Abschaffung der Kapitalertragssteuer für Ersparnisse und Investitionen, einschließlich derjenigen an der Warschauer Börse, vorschlagen (bis zu 100 000 PLN, über ein Jahr).
38. Wir werden die Mehrwertsteuer für den Sektor „Beauty“ auf 8 Prozent senken.
39. Wir werden die Belastung für berufstätige Betreuer von pflegebedürftigen Menschen verringern. Wir werden einen Betreuungsgutschein in Höhe von 50 Prozent des Mindestlohns für aktive Betreuer einführen.
40. Wir werden ein System von Assistenzdiensten für Angehörige einrichten, bei dem professionelle, zertifizierte Pflegekräfte die Angehörigen unterstützen werden. Innerhalb der ersten 100 Tage werden wir einen Gesetzentwurf vorlegen und mit der Ausbildung und Zertifizierung beginnen.
41. Wir werden einen fertigen Gesetzentwurf zur Anhebung der Sozialrente auf das Niveau des Mindestlohns vorlegen.
42. Wir werden die Schulen entpolitisieren. Wir werden das Fach „Geschichte und Gegenwart“ sofort abschaffen. Wir werden praktische, nicht ideologische Kernlehrpläne und Schulbücher einführen, die von Experten und praktizierenden Lehrern im Nationalen Bildungsausschuss erstellt und genehmigt werden, nicht von Politikern.
43. Wir werden unsere Kinder von schweren Rucksäcken befreien - wir werden in jeder Schule individuelle Schließfächer für die Kinder einrichten und jedes Schulbuch wird eine elektronische Version haben.
44. Innerhalb der ersten 100 Tage werden wir mit der Umstellung des polnischen Bildungswesens auf ein Ein-Schicht-System beginnen. Ab dem 1. September 2025 werden alle polnischen Grundschulen nach diesem System arbeiten.
45. Wir werden ein breites Spektrum an kostenlosen außerschulischen Aktivitäten an der Schule einführen. Wir werden zusätzliches Geld für Aktivitäten bereitstellen, die die Fähigkeiten der Schüler entwickeln und Chancengleichheit schaffen, für Sport und die Entwicklung von Interessen. Wir werden Hilfe in der Schule statt Nachhilfe zu Hause anbieten.
46. Wir werden ein Gesetz über Lebenspartnerschaften einführen.
47. Wir werden den Betrag der Leistung aus dem Alimentefonds von 500 PLN auf 1.000 PLN erhöhen.
48. Wir werden unverzüglich mit der Umsetzung einer Anti-Gewalt-Politik beginnen.
49. Wir werden die Finanzierung des Kinder- und Jugendtelefons 116 111 wiederherstellen.
50. Wir werden Mikołaj Pawlak als Ombudsmann für Kinder entlassen und jemanden ernennen, für den das Wohlergehen von Kindern eine Priorität ist.
51. Wir werden für eine soziale Kontrolle der Wälder sorgen und die Möglichkeit schaffen, Waldbewirtschaftungspläne vor Gericht anzufechten.
52. Wir werden die PiS-Statthalter für die räuberische Forstwirtschaft der letzten acht Jahre zur Rechenschaft ziehen.
53. Wir werden die Flüsse mit einer kontinuierlichen Überwachung an automatischen Sauberkeitsmessstationen erfassen. Wir werden die Systeme zur Abwasserbehandlung und -aufbereitung modernisieren und Instrumente zur wirksamen Bekämpfung illegaler Abwassereinleitungen einführen. Wir werden das Programm „Saubere Oder“ zur Revitalisierung der Flüsse umsetzen.
54. Wir werden ein Verbot der öffentlichen Finanzierung der wirtschaftlichen Aktivitäten von Diözesen, Pfarreien, Klöstern und anderen wirtschaftlichen Elementen von Kirchen und religiösen Vereinigungen einführen, mit Ausnahme von Aktivitäten, die humanitären, karitativen und sozialen, wissenschaftlichen und erzieherischen Zwecken dienen. Geschäftsleute wie Tadeusz Rydzyk sollten auch ohne Steuergelder der Bürger klarkommen.
55. Die Gebühren für die Benutzung der kirchlichen Friedhöfe werden von den örtlichen Behörden festgelegt. Diese Gebühren dürfen keine Gelegenheit für ungerechtfertigte Erhöhungen sein, die durch eine Entscheidung der Pfarrei oder der Diözese eingeführt werden.
56. Wir werden ein Programm für die Wiederherstellung von Mooren und Feuchtgebieten auflegen, das die Interessen der polnischen Landwirte am Schutz der Umwelt umfassend berücksichtigt. Schätzungen zufolge stoßen vom Menschen entwässerte Mooregebiete in Polen mehr Treibhausgase aus als das Kraftwerk in Bełchatów.

57. Wir werden dem Abholzen von Bäumen in den Städten ein Ende setzen und den Schutz der Artenvielfalt in städtischen Gebieten sicherstellen. Wir werden die Institution eines „Stadtgärtners“ einführen, der für Parks, Neupflanzungen und ökologische Nutzungen zuständig ist.
58. Wir werden ein Programm zum Aufbau moderner Märkte in jeder Stadt starten.
59. Wir werden ein Projekt zur Vergrößerung der Lagerfläche und zum Bau eines neuen Terminals (Getreidehafen) in Gdansk vorstellen.
60. Wir werden die polnische Tradition der Schweinehaltung wiederherstellen - der Haushalt wird die gesamten Kosten der Biosicherung abdecken.
61. Wir werden einen Stabilisierungsfonds für Landwirte einführen, um Verluste durch betrügerische Zwischenhändler und Jagdschäden zu decken.
62. Wir werden die Kosten für den Betrieb von landwirtschaftlichen Betrieben senken, indem wir Investitionen in Biogasanlagen, Fotovoltaikanlagen und Wärmepumpen unterstützen.
63. Wir werden sauberes und billiges Wasser für die landwirtschaftliche Produktion bereitstellen - wir bauen auf den Bau lokaler Systeme, die das Wasser im Boden zurückhalten. Der Landwirt hat das Recht, das Wasser, das auf sein Land fällt, zu nutzen.
64. Wir werden alle Skandale von Daniel Obajtek aufklären, auch den Verkauf von Anteilen an der Danziger Raffinerie.
65. Wir werden Listen von Personen veröffentlichen, die illegal Bürger abgehört und illegale Abhörbeschlüsse erlassen haben.
66. Wir werden öffentliche Gelder von Kriminellen zurückholen, die Diebstahl oder Verschwendung von Steuergeldern begangen haben. Die Prüfung wird sich auf alle Ministerien, Ebenen und Institutionen erstrecken. Wir werden Unregelmäßigkeiten aufdecken und diejenigen identifizieren, die für Korruption, Pflichtverletzungen und Machtüberschreitung verantwortlich sind.
67. Wir werden eine Anklageschrift gegen die Beamten des Außenministeriums vorlegen, die für die Korruption verantwortlich sind, die zu dem unkontrollierten Zustrom von Migranten nach Polen geführt hat.
68. In staatlichen Unternehmen werden wir alle Mitglieder von Aufsichtsräten und Vorständen entlassen. Neueinstellungen werden wir in transparenten Auswahlverfahren vornehmen, bei denen Kompetenz und nicht Familien- und Parteiverbindungen den Ausschlag geben.
69. Wir werden die Transparenz der öffentlichen Finanzen wiederherstellen. Wir werden Ende 2023 ein Weißbuch über den Zustand der öffentlichen Finanzen vorlegen. Wir werden diejenigen, die sich offizieller Straftaten schuldig gemacht haben, zur Rechenschaft ziehen. Wir werden die Finanzpläne und alle außerbudgetären Ausgaben innerhalb von 100 Tagen offenlegen.
70. Wir werden das Nationale Freiheitsinstitut, den Patriotischen Fonds, das Institut De Republica und 14 weitere von der PiS ernannte Agenturen und Institute abschaffen, die ein Sammelbecken für die PiS-Apparatschiks sind. Wir werden 42 Regierungsbevollmächtigtenposten abschaffen und die Zahl der Minister und stellvertretenden Minister reduzieren.
71. Alle Soldaten, die nach 2015 zu Unrecht entlassen wurden, erhalten die Möglichkeit, in den Dienst zurückzukehren.
72. Wir werden die Beförderungs- und Beschaffungsverfahren des polnischen Militärs seit 2015 prüfen. Wir werden ein Weißbuch erstellen, in dem alle Entscheidungen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen, insbesondere außerhalb von Beschaffungsverfahren, dokumentiert werden, und über Unregelmäßigkeiten Rechenschaft ablegen.
73. Innerhalb von 100 Tagen werden wir ein Modernisierungsprogramm für die polnischen Streitkräfte vorlegen. Wir werden sechs weitere Patriot-Batterien, eine beträchtliche Anzahl von Mehrzweck- und Kampfhubschraubern, Drohnen der neuesten Generation und andere Luftverteidigungselemente erwerben.
74. Wir werden eine Verordnung zum Schutz der polnischen Uniform erlassen. Das Militär soll Polen dienen, nicht den Politikern. Wir werden den Einsatz des Militärs für Partei- und Wahlzwecke verbieten.
75. Wir werden uns dringend dem alliierten Raketenabwehrprogramm der so genannten europäischen Kuppel (European Sky Shield) anschließen. Es liegt im Sicherheitsinteresse Polens, alle möglichen Instrumente zum Schutz des polnischen und europäischen Luftraums einzusetzen.

76. Wir werden die operative Tätigkeit des Einsatzes von Abhörgeräten und die Tätigkeit des Büros für Innere Angelegenheiten und des Büros für Innere Aufsicht des Innenministeriums prüfen und kontrollieren. Wir werden die „Polizei von Minister Kaminski“ in Form des Büros für interne Überwachung im Innenministerium abschaffen.
77. Wir werden die unauslöschlichen Ansprüche der Rentner in Uniform wiederherstellen - Rentenansprüche, die ihnen unter Verletzung des Gewohnheitsrechts entzogen wurden.
78. Wir werden Geld aus EU-Mitteln erhalten und in die Entscheidungsgremien der EU-Institutionen zurückkehren.
79. Wir werden durch eine Änderung des NBP-Gesetzes (fertige Vorlage) inflationsgeschützte Anleihen einführen. Die Ersparnisse der Polen werden vom ersten Tag an vor der Inflation geschützt sein.
80. Wir werden eine Mehrwertsteuer von 0 Prozent auf öffentliche Verkehrsmittel einführen, um die Fahrpreise für Polen zu senken.
81. Wir werden das Projekt des zentralen Verkehrshafens überprüfen. Wir werden die räuberischen Enteignungen stoppen und das Unrecht der bereits Enteigneten korrigieren. Wir werden den Verkauf des Chopin-Flughafens in Warschau blockieren.
82. Wir werden ein Ministerium für Industrie mit Sitz in Schlesien einrichten.
83. Die schlesische Sprache wird als Regionalsprache anerkannt werden. Wir werden erneut einen Gesetzentwurf vorlegen, der der schlesischen Sprache den Status einer Regionalsprache verleiht und damit den Erwartungen der Schlesier entspricht.
84. Wir werden wieder günstige Abrechnungsregeln für erzeugte Energie für Prosumer einführen - niedrigere Stromrechnungen für diejenigen, die in Photovoltaik investieren.
85. Wir werden die Schaffung von 700 lokalen Energiegemeinschaften ermöglichen, die ihren eigenen billigeren Strom erzeugen.
86. Wir werden einen Gesetzentwurf vorlegen, um die Möglichkeit der Entwicklung der Windenergie an Land freizugeben (Verringerung des Abstands auf 500 m) mit klaren und schnellen Regeln für die Erteilung von Bau- und Anschlussentscheidungen. Die lokalen Gemeinden erhalten 5 Prozent der Einnahmen aus dem Energieverkauf.
87. Wir werden die Gaspreise im Jahr 2024 für Haushalte und sozial schwache Kunden auf dem Preisniveau von 2023 einfrieren.
88. Wir werden der illegalen Einfuhr von Müll nach Polen ein Ende setzen. Unter der PiS-Regierung ist Polen zur Müllhalde Europas geworden. Wir werden das Gesetz energisch durchsetzen und den zuständigen Behörden mehr Befugnisse geben.
89. Wir werden einen detaillierten Plan zur Energiewende vorlegen, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um 75 Prozent zu reduzieren. Wir werden die Entwicklung von kohlenstoffarmen Energiequellen (erneuerbare Energien und Kernenergie) beschleunigen. Wir werden Annahmen für ein kohärentes Programm zur Entwicklung der Kernenergie entwickeln und genau festlegen, wie es finanziert werden soll.
90. Damit in Polen mehr Wohnungen gebaut werden können, werden wir die Grundstücke der Unternehmen des Staatsschatzes und des Nationalen Immobilienbestands (KZN) freigeben, insbesondere die, die für das Programm Wohnung Plus an den KZN gingen. Ein PiS-Programm, das sich als Desaster erwiesen hat.
91. Wir werden ein Darlehen mit einem Zinssatz von 0 Prozent für den Kauf einer ersten Wohnung einführen.
92. Wir werden einen Mietzuschuss von 600 PLN für junge Leute einführen.
93. Wir werden 10 Mrd. PLN für die Revitalisierung und Renovierung leerstehender Gebäude in den Beständen der polnischen Kommunen bereitstellen und 3 Mrd. PLN pro Jahr für die Förderung neuer Projekte im TBS-Modell (Genossenschaftswohnungen) sowie für die Renovierung und den Ausbau des kommunalen Wohnungsbestands bereitstellen.
94. Wir werden den Transfer von Geldern an nationalistische Organisationen beenden. Wir werden das Expertensystem stärken, und die Politiker werden nicht länger Zuschüsse nach ihren eigenen Präferenzen verteilen.
95. Wir werden NGO's die Beschaffung privater Mittel erleichtern, indem wir ein System steuerlicher Anreize für Spender und die Möglichkeit schaffen, Sponsoringverträge zu unterzeichnen, ohne dass

daraus eine Geschäftstätigkeit entsteht.

96. Wir werden die Autonomie der Universitäten stärken und den unpolitischen Charakter der Universitäten bewahren, indem wir die Mittel für die Wissenschaft erhöhen und die Transparenz der ausgegebenen Gelder verbessern.
97. Wir werden die Mechanismen der Wissenschaftsevaluierung heilen. Wir werden die Liste der bewerteten Zeitschriften überarbeiten und dabei die satzungsgemäße Rolle der Kommission für die Bewertung der Wissenschaft respektieren.
98. Wir werden ein Künstlerstatusgesetz einführen, das den Künstlern ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit und Zugang zu einer Sozial- und Krankenversicherung garantiert, die den Besonderheiten der Arbeit Rechnung trägt. Die Pandemie hat die Unzulänglichkeiten des derzeitigen Systems offenbart, in dem die kreative Arbeit nicht ausreichend abgesichert ist. Unterstützt wird das System unter anderem durch Mittel, die bisher an den Kirchenfonds gingen.
99. Wir werden die öffentlichen Medien entpolitisieren und vergesellschaften. Wir werden den Nationalen Medienrat abschaffen. Wir werden die Finanzierung der Lügen- und Hassfabrik, zu der TVP und andere öffentliche Medien geworden sind, sofort einstellen. Im Einklang mit unserem Versprechen werden wir 2 Milliarden PLN aus dem TVP-Budget für die Heilung von Krebs zur Verfügung stellen.
100. Wir werden die Zensur abschaffen, die der polnischen Kultur auferlegt wurde: die wirtschaftliche Zensur, d. h. der Entzug von Geldern für Kultureinrichtungen, die den Behörden unbequem sind, die personelle Zensur, d. h. die Besetzung von Kultureinrichtungen mit Personen, die den Behörden untergeordnet sind.

**Zsfg.: AV**

<https://krakow.wyborcza.pl/krakow/7.44425.30171794.100-konkretow-na-100-dni-rzadow-konwencja-programowa-koalicji.html>

## „Wenn die ganze Wahrheit ans Licht kommt, wird die PiS die Wahlen verlieren“. Hinter den Kulissen des Visa-Skandals



Quelle: [wyborcza.pl](https://wyborcza.pl)

Von **Justyna Dobrosz-Oracz**

**D**er Visa-Skandal trifft die Wahlkampagne der PiS. Die Regierung ändert das Narrativ. Und versucht, das Thema zu verwässern.

Die Regierungspartei drohte und schürte Angst mit Einwanderern und ließ sie heimlich massenhaft einreisen. Auch solche aus muslimischen Ländern. Auch bei der Ausstellung von Visa soll es Korruption gegeben haben.

„Wer hat daran verdient? Stellen Sie sich solche Fragen nicht?“, wenden wir uns an den stellvertretenden Senatssprecher Marek Pęk. „Ich weiß es nicht. Was immer ich sage, wird gegen mich verwendet werden“, kichert der sonst so redselige PiS-Politiker und flüchtet in den Untergrund des Senats.

„Die PiS weiß genau, dass sie die Wahlen verlieren wird, wenn die ganze Wahrheit über diese Affäre ans Licht kommt“, kommentiert Marcin Kierwiński von KO. Gemeinsam mit Jan Grabec, Michał Szczerba und Dariusz Joński führen sie ein Audit zum Thema Visa durch. Sie haben festgestellt, dass seit 2016 600.000 Einladungen nach Polen ausgestellt worden sind. „Das ist eine extreme Heuchelei. Extremer Betrug“, betont der PO-Abgeordnete.

„Wie ist das möglich? Sie kündigen ein Referendum über Einwanderer an, aber es stellt sich heraus, dass es unter der Laterne am dunkelsten ist“, fragen wir Janusz Kowalski, den großen „Verfechter wasserdichter

Grenzen“. „Ich weiß noch nicht viel über das Thema, nach dem Sie fragen“, sagte uns der verblüffte Politiker letzte Woche.

### **Visa-Affäre. PiS-Politiker schweigen**

Vor einigen Tagen enthüllte die „Gazeta Wyborcza“, dass das Zentrale Antikorruptionsbüro in das Außenministerium eingedrungen ist. Der stellvertretende Außenminister Piotr Wawrzyk verlor seinen Posten. Er hat keinen Platz auf der Wahlliste erhalten. Die PiS-Politiker schweigen. Der Vorsitzende des Klubs der PiS, Ryszard Terlecki, wich dem Thema aus: „Es ist etwas passiert. Ich weiß nicht, was“. Der Leiter des Büros des Premierministers Marek Kuchcinski war unvorbereitet. Auch der Minister für Angelegenheiten der Europäischen Union Szymon Szykowski vel Sęk.

Inoffiziell hieß es, der Fall sei eine tickende Bombe. Als die Medien nicht locker ließen, änderte sich das Narrativ: Visa-Affäre? Was für eine Affäre!

Der Leiter des Außenministeriums erschien im RMF-FM-Studio und bestritt „nachdrücklich“, dass es eine Affäre gebe. Wenige Augenblicke später erklärte er, er könne keine Fragen beantworten, da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien. Offensichtlich zu einer Affäre, die es angeblich nicht gibt.

### **Visa-Affäre. Außenminister Rau sollte es gewusst haben**

Zbigniew Rau sollte über das krankhafte System der Visaerteilung Bescheid wissen, weil ein Bericht aus dem Konsulat in Nigeria dies aufdeckte. Das hat ein Mitarbeiter des Außenministeriums unseren Journalisten hinter den Kulissen erzählt. „Wyborcza“ weiß auch, dass ein Brief über Unregelmäßigkeiten bei der Visaerteilung von der Polnischen Konföderation privater Arbeitgeber Lewiatan an Rau geschickt wurde. Die Mitgliedsunternehmen des Verbandes hatten Probleme, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben, weil diejenigen bevorzugt wurden, die einen Tribut zahlten.

### **Bürgerkoalition: Wawrzyk war ein kleines Rädchen in diesem Getriebe**

Das polnische Visumsvergabesystem wird untersucht. Die PiS behauptet, dass sich der Verdacht nur auf einige hundert Visa bezieht. Den Informanten der „Wyborcza“ zufolge haben die Ermittlungen einen internationalen Charakter. Die Staatsanwaltschaft behauptet, die Ermittlungen seien rein polnischer Natur. Die Ministerin für Familien- und Sozialpolitik Marlena Maląg weicht Fragen aus. Sie verschiebt auch Treffen mit Abgeordneten der Opposition.

Piotr Wawrzyk ist verschwunden. Ihm wurde angeblich zugesichert, dass er nach dem Wahlsieg in das Ministerium zurückkehren könne, wenn er schweigt. „Wir alle wissen, dass Wawrzyk nur ein kleines Rädchen im Getriebe war“, sagt Marcin Kierwiński. Die staatlichen Medien schweigen über die Affäre. Die PiS hofft, sie zu verwässern.

**Zsfg.: JP**

<https://wyborcza.pl/7,75398,30185994,jak-cala-prawda-wyjdzie-na-jaw-to-pis-przegra-wybory-kulisy.html#S.TD-K.C-B.2-L.3.maly>

## **Bąkiewicz fordert auf Flugblättern Reparationen von Deutschland. „Das ist eine unehrliche Wahlkampagne, noch dazu mit öffentlichen Geldern“**



Quelle: [wyborcza.pl](https://wyborcza.pl)

**D**ie Einwohner von Radom nehmen Flugblätter aus ihren Briefkästen mit Slogans, die Kriegsreparationen von Deutschland fordern. Sie sind mit einem Bild des Warschauer Nationalisten Robert Bąkiewicz geschmückt. Nach Ansicht der Opposition handelt es sich dabei um eine doppelt schmutzige Wahlkampagne des Kandidaten der PiS für den Sejm.

„Ist das illegal? Nein. Jeder hat das Recht, für seine nicht kampagnenbezogenen Aktivitäten zu werben. Ist es ethisch fragwürdig? Auf jeden Fall. Denn es ist kein Zufall, dass die Flugblätter mit dem Bild des Kandidaten gerade jetzt, während des Wahlkampfes, erschienen sind. Warum nicht schon früher? Warum nicht nach der Wahl? Weil es darum geht, für den Kandidaten zu werben“, sagt ein Aktivist einer Oppositionspartei anonym.

### **Wahl 2023 - Robert Bąkiewicz kandidiert in Radom und will Deutschland zur Rechenschaft ziehen**

Robert Bąkiewicz, bekannt für seine rechtsextremen Ansichten, bis vor kurzem Anführer dieses Milieus in Warschau, der nationalistische, homophobe, antisemitische und antidemokratische Ansichten predigt, kandidiert für den Sejm auf dem letzten Platz der Liste „PiS“ in der Region Radom. Er kommt nicht aus Radom, trat aber in der Stadt auf, als die Radomer PiS offiziell ihre Kandidaten für die Wahlen vorstellte. Er hat sogar ein Fußballspiel von Radomiak besucht. Und am darauffolgenden Wochenende kam er nach Radom, als das jährliche Brotfest stattfand, und machte auf der Hauptstraße der Stadt Aufnahmen für den



Wahlkampf. Ein paar Tage später gab er einem lokalen Radiosender ein Interview und trat kurz nach einer Pressekonferenz der Bürgerplattform Radom, die ihre Kandidaten für die Sejm-Wahlen vorstellte, vor Journalisten auf.

In den letzten Tagen haben die Einwohner von Radom Flugblätter in ihre Briefkästen bekommen, die sie über die Gesetzesinitiative „Wir rechnen mit den Deutschen ab“ informieren. Dabei geht es um eine gesetzliche Verpflichtung der Regierung, Kriegsreparationen von den Deutschen einzufordern.

Die Kampagne wurde Mitte August gestartet und wird von Robert Bąkiewicz verantwortet. Auf einem Flugblatt mit seinem Foto ruft er die Menschen auf, die Initiative mit ihrer Unterschrift, Geldspenden oder als Freiwillige zu unterstützen.

### **Bąkiewicz: Die Aktion bezüglich der Reparationen ist kein Wahlkampf**

„Heute habe ich ein Flugblatt von Bąkiewicz in meinem Briefkasten gefunden. Er wird Geld von den Deutschen zurückfordern, aber erstmal bittet er um eine Spende für seine Stiftung. Muss die polnische Post solch einen Mist die Briefkästen stecken“, schrieb ein Empfänger des Flugblatts auf Facebook. Jemand anderes stellte in den Kommentaren klar, dass nicht Angestellte der polnischen Post die Flugblätter verteilen, sondern junge Männer, die in Treppenhäuser der Wohnblocks kommen.

„Warum sind diese Materialien nicht als Wahlmaterial gekennzeichnet“, fragen wir Robert Bąkiewicz.

„Weil sie es nicht sind. Wir führen eine Initiative für einen Bürgerentscheid durch, die noch vor der Bekanntgabe des Wahltermins gestartet wurde, und wir haben das Recht, eine solche Kampagne durchzuführen“, antwortet er.

„Aber die Flugblätter sind erst jetzt, im Wahlkampf, erschienen“, fragen wir weiter.

„Im Text des Flugblatts geht es um Reparationen. Die ganze Aktion trägt den Titel ‚Wir rechnen mit den Deutschen ab‘. Ich verstehe, dass die Aktion hier zu Kontroversen oder Widerstand seitens der Bürgerplattform führen kann.“

„Ich weise darauf hin, dass dies zu Einwänden von Einwohnern führt, die glauben, dass Sie auf diese Weise tatsächlich Wahlkampf betreiben.“

„Ich habe mich mit den Einwohnern von Radom getroffen. Sie äußerten viele wohlwollende Meinungen“, antwortete Bąkiewicz.

### **Organisationen, die mit Bąkiewicz in Verbindung stehen, erhielten Millionen an öffentlichen Geldern**

Zusätzlich zu den Flugblättern, die der Kandidat der PiS an diesem Wochenende an die Bewohner der Żeromski-Straße verteilte, tauchte in der Stadt ein Auto mit einem Anhänger und einem Banner mit Werbung für die Kampagne und dem Foto von Robert Bąkiewicz auf. Und an mehreren Stellen - auf dem Markt und in der Żeromski-Straße - wurde ein Zelt für die Kampagne „Wir rechnen mit den Deutschen ab“ aufgestellt.

Warum sagen Oppositionspolitiker, dass die Aktivitäten von Bąkiewicz in Radom die Merkmale eines unehrlichen Wahlkampfes aufweisen, und zwar eines doppelt unehrlichen Wahlkampfes? Erstens: Weil die Wahlkampfausgaben streng definiert und begrenzt sind. Jeder Wahlausschuss muss sich an diese Grenzen halten. Die Flugblattaktion von Bąkiewicz ist offiziell keine Wahlkampagne, auch wenn sie so aussieht. Sie unterliegt also nicht den Obergrenzen. Und zweitens: weil Bąkiewicz bei dieser Kampagne de facto von der finanziellen Unterstützung profitiert, die seine Organisationen von der Regierung erhalten.

„Deshalb ist das unehrlich und der Wahlkommissar sollte sich damit befassen. Dieser Herr, dessen Organisationen fette Millionen vom Staat erhalten haben, nutzt nun die Aktivitäten seiner Stiftungen für einen verdeckten Wahlkampf“, sagt ein anderer Politiker der Oppositionspartei.

Die Organisation „Unabhängigkeitsmarsch“, deren Vorsitzender Bąkiewicz war (er wurde von seinen Kollegen aus der *Konfederacja* entlassen, weil er sich „an die PiS verkauft“ habe), erhielt 2021 einen Zuschuss von 1,3 Mio. PLN vom Staat. Im selben Jahr erhielt die ebenfalls von Bąkiewicz gegründete Nationalgarde einen staatlichen Zuschuss in Höhe von 1,7 Mio. PLN, und im Jahr 2022 weitere 850.000 PLN. Mit diesem Geld kaufte sie ein Grundstück in der Nähe von Warschau. In diesem Jahr erhielt das mit

Bąkiewicz verbundene Europäische Kulturerbe-Institut „Andegavenum“ fast 2 Millionen PLN an Zuschüssen. Es handelt sich um eine Stiftung mit Sitz in Krakau, die Bąkiewicz im Jahr 2020 gegründet hat.

„Sind Sie nicht derjenige mit der Villa?“ Bąkiewicz wurde kurz vor seinem Briefing in der Żeromski-Straße von einer älteren Dame angesprochen. „Ich weiß nicht, worüber Sie sprechen“, antwortete er. „Na, haben Sie nicht die Millionen bekommen?“ „Ich? Ich habe keine Millionen bekommen“, unterbrach Bąkiewicz.

**Zsfg.: AV**

<https://radom.wyborcza.pl/radom/7,48201,30174176,ulotki-i-agitacja-w-sprawie-reperacji-od-niemiec-ze-zdjeciem.html>

## Gilt die Nächstenliebe auch für Deutsche?



Quelle: [wiesz.pl](http://wiesz.pl)

Von *Zbigniew Nosowski*

**Kardinal Semeraro betonte, dass der Kern der Seligsprechung der Familie Ulma darin bestehe, mit evangelischer Liebe auf Hass und Gewalt zu antworten. Für Präsident Duda hingegen war das beherrschende Thema ... das Antideutschtum.**

Was in Markowa geschah, ist das, wovon viele verantwortungsbewusste Teilnehmer an der öffentlichen Debatte in Polen gewarnt haben, und was im Juni von Kardinal Kazimierz Nycz am besten zum Ausdruck gebracht wurde. „Erinnern wir uns daran, dass wir nicht versuchen sollten, die eine oder andere Nation seligzusprechen, denn bei dieser Gelegenheit besteht die Versuchung, ein wenig für uns selbst zu gewinnen. Bleiben wir bei dem Thema der schönen Seligsprechung einer Familie, die ihr Leben geopfert hat, weil sie Juden gerettet hat“, appellierte der Warschauer Metropolit.

Leider haben sich die Politiker seine Worte nicht zu Herzen genommen. Sie haben ihr Spiel gespielt. Zu einer schönen Zeremonie, die das Andenken an wunderbare Menschen ehrte, gesellte sich am Ende ein ernster Missklang. Die Familie Ulma wurde in den Dienst der aktuellen Politik gestellt.

Man könnte sogar sagen, dass während der Seligsprechungszeremonie in Markowa zwei Predigten gehalten wurden. Die erste Predigt - die richtige und den Umständen angemessene - wurde vom Hauptzelebrieren, dem Präfekten des vatikanischen Dikasteriums für die Selig- und

Heiligsprechungsprozesse, Kardinal Marcello Semeraro, vorbereitet. Wir haben den Text sofort im vollen Wortlaut veröffentlicht.

Präsident Andrzej Duda sprach jedoch schon, nachdem die Messe bereits beendet war. Seine Rede war nicht viel kürzer als die Predigt von Kardinal Semeraro und ihre Übersetzung. Sie war weniger gesprochen als skandiert - in einem Stil, der typisch ist für politische Reden bei Kundgebungen. Der vollständige Text ist hier und die Aufzeichnung unten verfügbar.

Hervorzuheben ist, dass der Präsident der Republik Polen am Ende der Liturgie von einem eigens errichteten Rednerpult aussprach, während die Bischöfe und Zelebranten in vollen liturgischen Gewändern direkt hinter ihm saßen. Dies alles wurde so inszeniert, dass die Rede mit dem vorangegangenen Gebet zu verschmelzen schien.

Der Haken an der Sache war, dass es keine inhaltliche Verschmelzung gab. Die Hauptbotschaft des Präsidenten unterschied sich deutlich von der des vatikanischen Würdenträgers. Kardinal Semeraro betonte deutlich, dass das Wesentliche dieser Seligsprechung darin bestehe, mit evangelischer Liebe auf Hass und Gewalt zu antworten. Präsident Duda hingegen berief sich zwar auch auf das Evangelium, aber das beherrschende Thema war... das Antideutschtum.

Der Geistliche predigte über die Nächstenliebe, die ausnahmslos alle Menschen einschließt, und die Offenheit gegenüber anderen. „Es wäre ein Fehler, wenn der Tag der Seligsprechung der Familie Ulma nur dazu dienen würde, an den Terror und die Grausamkeiten ihrer Henker zu erinnern, über die das Urteil der Geschichte bereits verhängt ist“, sagte er gleich zu Beginn seiner Predigt.

Der „Laienprediger“ hingegen betonte sowohl mit seinen Worten als auch mit dem Ton seiner Rede nachdrücklich, dass die Deutschen die Bösen sind. Ähnliche Slogans gehören übrigens heute zu den Refrains der politischen Partei, aus der Andrzej Duda stammt und deren Vertreter die erste Stuhreihe in Markowa zahlreich füllten.

Einige Leser werden wahrscheinlich denken, dass ich übertreibe. Aber um sicherzugehen, habe ich mich bei Menschen, die mit der PiS sympathisieren und auch tief religiös sind, über die Seligsprechung der Familie Ulma erkundigt. Auch für einige von ihnen war das Antideutschtum der Abschlussrede des Präsidenten ein unangenehmes Ärgernis.

Übrigens schauen wir uns die Statistik an. In der 19-minütigen Rede des Präsidenten der Republik Polen werden die Deutschen als Täter sogar 21 Mal erwähnt. Selbst Polen, die Polen und Juden wurden vom Präsidenten weniger oft erwähnt als die Deutschen.

Es ist klar, dass die Worte über die deutsche Nazi-Vernichtungsindustrie wahr sind. Aber ist es möglich, dass einige der in Markowa Versammelten dies nicht wussten? Mussten sie in besonderer Weise daran erinnert werden? Musste die Predigt des Kardinals korrigiert werden? Nein, die deutschen Mörder waren während der vorangegangenen Zeremonie mehrfach erwähnt worden. Der Gast aus dem Vatikan selbst hatte zweimal über sie gesprochen.

Ich habe keinen Zweifel daran, dass Andrzej Duda aus einem anderen Grund in einem aggressiven Ton über die Deutschen sprechen wollte - weil seine Rede im Wesentlichen politisch und propagandistisch war. Er sprach zu den Zuhörern wie auf einer Kundgebung während eines laufenden Wahlkampfes. Und seine Zuhörer sollten die schlechten Deutschen von damals mit den schlechten Deutschen von heute in Verbindung bringen, die - wie der Vorsitzende der PiS ankündigte - „ernsthafte Rufschädigung erleiden müssen“. So sollen sie diese auch bei der erzpölnischen Seligsprechung erleiden.

Warum haben die kirchlichen Organisatoren - d. h. die Erzdiözese Przemyśl - mitten im Wahlkampf eine parteipolitische Rede während einer Zeremonie zugelassen, die die klare universelle Botschaft vermittelte, dass das Ignorieren menschlichen Leids bedeutet, Gott zu ignorieren? Warum hat die Kirche von Przemyśl die Seligsprechung unter dem Banner der „Polnischen Staatsraison“ gefördert? Großes „P“ im Adjektiv „polnisch“ ist kein Tippfehler von mir, sondern ein Zitat von der offiziellen Website mit dem Seligsprechungsprogramm.

Man muss sich auch fragen, warum bei der Seligsprechung kein offizieller Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz anwesend war (Kardinal Gerhard Ludwig Müller, ein führender Kritiker von Papst

Franziskus, ein Würdenträger ohne Auftrag, war es nicht). Auch ein hoher Vertreter der Bundesrepublik Deutschland war nicht in Sicht.

Polnisch-deutsche Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene war leicht möglich - Theofil Christian Gallo, Landrat des deutschen Saarpfalz-Kreises, ein Freund des Łańcut-Kreises, besuchte Markowa. Am Samstagabend sprach er ergreifende Worte zu Beginn des Konzerts „Es gibt keine größere Liebe“. Er sagte: „Obwohl es vor 80 Jahren geschah, bitten wir immer noch um Vergebung für eine Tat, die aufgrund ihrer Unmenschlichkeit nicht vergeben werden kann und die von Tätern begangen wurde, die nicht mehr am Leben sind.“

Warum war eine analoge Zusammenarbeit auf staatlicher und bischöflicher Ebene nicht möglich? Warum hat niemand aus Deutschland bei der Hauptveranstaltung gesprochen? Das sind leider rhetorische Fragen... Die spezifisch verstandene „polnische Staatsraison“ überwog gegenüber dem Wunsch nach christlicher Versöhnung.

Es ist dramatisch traurig, dass die polnischen Bischöfe dies zulassen, obwohl es die prophetische Haltung unseres Episkopats im Jahr 1965 war, die die Tür zur polnisch-deutschen Versöhnung öffnete, einem Prozess von wirklich historischer Bedeutung. Offensichtlich hat die Führung der institutionellen Kirche 60 Jahre später andere Prioritäten als „Wir vergeben und bitten um Vergebung“.

Sicherlich gibt es unter den Mitgliedern der Polnischen Bischofskonferenz zumindest ein paar Würdenträger, die das sehr gut verstehen. Doch wenn der Präsident seine Rede mit dem Ruf „Es lebe Polen!“ beendete, fingen auch sie an zu klatschen oder schwiegen höchstens „mit Würde“. Auf diese Weise werden wir keine bessere Welt aufbauen.

In seiner Rede verwendete Präsident Andrzej Duda mehrmals die Kategorie „wir“ im Sinne von „wir, die Gläubigen“. Er sprach auch von unseren „Verpflichtungen, die sich aus diesem Glauben ergeben“. Was hat es denn mit dieser Nächstenliebe auf sich, Herr Präsident? Schließt sie auch die Deutschen ein? Sind die Deutschen auch unsere Nachbarn? Oder sind sie nur Feinde – was noch schlimmer ist, von uns selbst geschaffene?

[Anm. d. Ü.:

*Wahrscheinlich Ende 1942 nahmen Józef und Wiktoria Ulm aus Markowa zwei jüdische Familien aus Łańcut und Markowa unter ihrem Dach auf. Wahrscheinlich aufgrund einer Denunziation durch den Blauen Polizisten Włodzimierz Leś wurde das Versteck von den Deutschen entdeckt. Am 24. März 1944 ermordeten Gendarmen der Polizeistation von Łańcut Józef und Wiktoria (die hochschwanger war) und ihre sechs Kinder, von denen das älteste acht und das jüngste eineinhalb Jahre alt war. Acht Juden, die sich versteckt hielten, wurden ebenfalls getötet, darunter zwei Frauen und ein Kind.*

[https://pl.wikipedia.org/wiki/Zbrodnia\\_w\\_Markowej\\_\(1944\)\]](https://pl.wikipedia.org/wiki/Zbrodnia_w_Markowej_(1944))

**Zsfg.: JP**

<https://wiesz.pl/2023/09/11/czy-milosc-blizniego-obejmuje-niemcow/?fbclid=IwAR2ie8MHfFDBnZbyexG9QRqo-IIWfSBiLSXBtaazzJEMnz1dHDYRFAvns90>

## ZITAT DER WOCHE



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

"Wer von Afrika nach Polen will, geht zu unserer Botschaft, kauft an einem speziellen Stand ein abgestempeltes Visum, gibt seine Daten ein und los geht's! So ist die Migrationspolitik der PiS."

**Donald Tusk**

Quelle: <https://natemat.pl/509308,afera-wizowa-pis-jest-coraz-gorzej-przed-ambasada-staly-stoiska>

**faz.de**

Umgang mit NS-Zeit in Polen – Wahlfahrtsort

<https://taz.de/Umgang-mit-NS-Zeit-in-Polen/!5956565/>

---

**spiegel.de**

PiS-Chef Kaczyński inszeniert Telefonabfuhr an Kanzler Scholz

<https://www.spiegel.de/ausland/polen-jaroslaw-kaczynski-inszeniert-telefonabfuhr-an-olaf-scholz-a-c1749ad1-cf9b-460b-9bcd-a1b690469479>

---

**spiegel.de**

Polen droht Milliardenverlust von EU-Hilfen

<https://www.spiegel.de/politik/polen-droht-im-rechtsstaat-streit-mit-bruessel-milliardenverlust-von-eu-hilfen-a-5fe043c5-0216-4ddd-aa99-cd1691b7ed22>

---

**heise.de**

Senat vs. "kybernetische Waffe": Pegasus darf in Polen nicht mehr genutzt werden

<https://www.heise.de/news/Senat-vs-kybernetische-Waffe-Pegasus-darf-in-Polen-nicht-mehr-genutzt-werden-9300214.html>

---

**spiegel.de**

Agnieszka Holland verlangt von Polens Justizminister Entschuldigung für einen Nazivergleich

<https://www.spiegel.de/kultur/kino/agnieszka-holland-will-von-justizminister-entschuldigung-fuer-nazivergleich-a-9a08b14c-2528-45e5-9571-ce4a78829cc4>

**DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas**

<https://forumdialog.eu/>

**POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung**

<http://www.polen-und-wir.de/>

**REDAKTION:**

[kontakt@mitte21.org](mailto:kontakt@mitte21.org)

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik